



Arbeitsunfallstatistiken entsprechen nicht der Realität

Seite 8

Inhalt

Öffnungszeiten

Seiten 3-5

DG-Memorandum der CSC

Seite 6

Die Energiewende wird Arbeitsplätze schaffen

Seite 7

Essen zugunsten von Frauenprojekt in Burkina Faso

Seiten 8-11

Arbeitsunfallstatistiken entsprechen nicht der Realität

Seite 12

Arbeitslose im 19. Jahrhundert: vom Unterstützten zum Versicherten

Seiten 13-15

CNE-Info: Der Konkurs Steuerflucht

Seite 16

Meldungen

SOZIALSPRECHSTUNDEN

Eupen

Montag: 9 - 12 Uhr

Kelmis

Dienstag: 14-18 Uhr

St. Vith

Dienstag: 9 - 12 Uhr
Donnerstag: 14 - 18 Uhr

Malmedy

Dienstag: 14 - 18 Uhr

JURISTISCHER DIENST

Eupen

Montag: 14 - 18 Uhr
Donnerstag: 9 - 12 Uhr

St. Vith

Dienstag: 9 - 12 Uhr
Donnerstag: 14 - 18 Uhr

Malmedy

Dienstag: 14 - 18 Uhr

GRENZGÄNGERDIENST

DEUTSCHLAND

Eupen

Montag: 14 - 18 Uhr
Dienstag: 14 - 17 Uhr

Kelmis

Dienstag: 9 - 12 Uhr

LUXEMBURG

St. Vith

Dienstag: 9 - 12 Uhr
Donnerstag: 14 - 18 Uhr

Malmedy

Dienstag: 14 - 18 Uhr

BEGLEITUNG LFA/ADG

Eupen

Montag - Donnerstag:
9 - 12 Uhr & 14 - 16 Uhr

Impressum

Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

Redaktion:

Jessica Halmes Vera Hilt
Liliane Louges Jochen Mettlen
Birgit Schlüter

Layout: Maryline Weynand

Druck:

Kliemo A.G.
Hütte 53, 4700 Eupen

Anschrift der Redaktion:

CSC Info,
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

087/85 99 59
pressedienst@acv-csc.be

Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

ARBEITSLOSENDIENST

Eupen

Montag: 9-12 & 14-18 Uhr*
Donnerstag: 9-12 & 14-16.30 Uhr

Kelmis

Dienstag: 9-12 & 14- 8 Uhr*

St. Vith

Dienstag: 9-12 & 14-16.30 Uhr
Donnerstag: 14-18 Uhr*

Malmedy

Dienstag: 8.30-12 & 14-18 Uhr*
Donnerstag: 8.30-12 Uhr

* 16 bis 18 Uhr für Berufstätige

HOTLINE

Arbeitslosendienst

montags - freitags:
9-11 Uhr
dienstags & donnerstags:
13-15 Uhr

087 85 99 98



Ein Fehler in Ihrer Postanschrift?
Teilen Sie uns diesen mit: 087 85 99 59 oder
pressedienst@acv-csc.be



DG-Memorandum der CSC

Im Vorfeld der Wahlen hat die deutschsprachige CSC ihr Memorandum vorgestellt, das sich an die Parteien im PDG richtet. Drei Themen stehen im Mittelpunkt: Arbeiten, Lernen, Leben.

In jedem dieser Bereiche hebt die CSC einige Vorschläge hervor, auf die sie besonderen Wert legt. Sie fordert die politischen Parteien auf, diese Vorschläge in den Mittelpunkt ihres Handels zu rücken und sie im Laufe der kommenden fünf Jahre umzusetzen.

Ausgehend von den Erfahrungen unserer Mitglieder, Delegierten und Gewerkschaftssekretäre haben wir das Memorandum zusammengestellt. Wir sind ganz nah dran an den Bedürfnissen, Problemen und Sorgen unserer Mitbürger. Regelmäßig berichten sie über Zukunftsängste, finanzielle Schwierigkeiten trotz Fulltimejob, Langzeitarbeitslosigkeit, Langzeiterkrankungen oder wie schwierig es ist, Familie und Arbeit unter einen Hut zu bekommen. Auch in der DG. Deshalb möchte die CSC verstärkt bei Arbeitnehmerfragen mitreden. Die Sozialpartner müssen häufiger in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden. Von Beginn an. Nicht, wenn es zu spät ist.

Die deutschsprachige CSC erinnert deshalb an die elementare Bedeutung der sozialen Konzertierung für die öffentliche Politik und das Funktionieren der Institutionen. Sie erwartet daher von der zukünftigen PDG-Mehrheit, dass sie im ständigen Sozialdialog bleibt und die Sozial-

partner respektiert.

Die CSC befürwortet ebenfalls eine starke und nachhaltige Unterstützung des nichtkommerziellen Sektors und der öffentlichen Dienste, die beide wesentlich zum kollektiven Wohlbefinden beitragen und nützliche Arbeitsplätze für die sozialwirtschaftliche Entwicklung Ostbelgiens schaffen können.

Der 26. Mai ist ein sehr wichtiger Tag. Für Europa, für Belgien, für die Regionen, für die Gemeinschaften, für die Demokratie und die Solidarität. Jede Wahl ist ein Vertrauensakt und eine Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Dieser Tatsache müssen sich die Parteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten bewusst sein. Sie werden an ihrer Fähigkeit gemessen werden, gute und ausgewogene Lösungen zu finden. Als Gewerkschafter sind wir zutiefst davon überzeugt, dass wir nur gemeinsam und solidarisch an einer besseren Zukunft arbeiten können. Auf den folgenden Seiten stellen wir Auszüge des Memorandums vor.

ARBEITEN

ÖFFENTLICHER DIENST

Der Öffentliche Dienst in seiner Gesamtheit stellt den größten Arbeitgeber in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) dar. Wir erwarten

von den einzelnen Einrichtungen (Ministerien, paragegemeinschaftliche Einrichtungen, Interkommunalen, Gemeinden und ÖSHZ) den Respekt der Beschäftigung und des Sozialdialogs. Eine Konzertierung soll dazu dienen, Lösungen zu finden, um Arbeitnehmer weiter zu beschäftigen und gegebenenfalls den gekündigten Arbeitnehmern bei der Arbeitssuche mit allen möglichen Mitteln (Outplacement, qualifizierte Weiterbildung, Wiederbeschäftigungszellen,...) zu unterstützen.

Wir fordern:

- › eine Verbesserung der Situation der vertraglichen Mitarbeiter durch die Einrichtung eines öffentlichen Basisstatuts;
- › die Übermittlung der erlangten Erfahrungen muss eine Priorität in allen öffentlichen Diensten werden;
- › eine Erhöhung der Gehälter. Seit 1994 sind die Gehälter nur um 1 % erhöht worden und dies auch nur für eine Minderheit der Arbeitnehmer. Für viele Arbeitnehmer hat sogar eine sechsjährige Einbuße von bis zu 2 % des Gehaltes bei einem gleichzeitigen Indexsprung stattgefunden.

NICHTKOMMERZIELLER SEKTOR

Der nichtkommerzielle Sektor schafft Wohlstand. Nicht nur durch die Löhne, sondern auch durch Werte wie sozialer Zusammenhalt, Solidarität und Demokratie, die er vermittelt. Der Sektor ist daher ein wesentlicher Bestandteil einer integrativen und inklusiven Gesellschaft. Der Mehrwert dieses Sektors ist überall zu finden.

Durch die Staatsreform wurden der DG mehr Kompetenzen im nichtkommerziellen Sektor übertragen und die Herausforderungen sind groß.

Wir fordern:

- › eine Aufwertung der Berufe; eine Aufwertung der Barmen; eine Anpassung der Lohntabellen; Prämien für außergewöhnliche Arbeitszeiten; Vereinbarkeit Familie und Beruf; eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung mit Ersatzeinstellungen; ein erträgliches Laufbahndende;
- › verbesserte Personalnormen. Diese würden die Qualität der Dienstleistung verbessern und dem Personal ermöglichen, eine komplette Karriere im Sektor unter guten Bedingungen zu erleben;
- › eine langfristige Finanzierung.

Grundsätzlich muss festgehalten werden, das wir aufhören müssen, öffentliche Einrichtungen und Dienste sowie nichtkommerzielle Dienstleistungen als Kosten zu betrachten, sondern eher als eine Investition der Gesellschaft in wichtige Bereiche, die geschützt werden müssen. Wir brauchen Dienstleistungen im nichtkommerziellen Sektor mit Qualität und Quantität, zugänglich für alle und gute Arbeitsbedingungen.

BESCHÄFTIGUNG

Das Arbeitsamt der DG hat im Zuge der 6. Staatsreform mehr Aufgaben und auch mehr Mittel erhalten. Es wurde ein Unternehmensberater eingestellt, der Dienst für die Stellenausschreibungen wurde verbessert und ein neues Onlineportal für die Stellensuche geht an den Start. Das alles sind begrüßenswerte Initiativen. Die Begleitung der Arbeitssuchenden ist in unseren Augen aber die Kernaufgabe des Arbeitsamtes, in die verstärkt investiert werden muss.

Wir fordern:

- › die notwendigen Mittel, damit das Arbeitsamt das Projekt der „unterstützten Arbeit“ umsetzen kann;
- › eine engere Zusammenarbeit der Arbeitsberater und Stellenvermittler bei der Vermittlung der Arbeitssuchenden;
- › Innovation und Proaktivität bei der

Vermittlung von Personen mit mehreren Vermittlungshemmnissen;

- › weiterhin eine Schwerpunktarbeit in Kelmis und Eupen, dort ist die Arbeitslosenrate am höchsten;
- › die Schaffung von Nachfolgeprojekten mit Qualifikationsabschluss, da nach Abschluss einer Vorschaltmaßnahme die Teilnehmer häufig nicht fit genug für den Arbeitsmarkt sind.

GRENZGÄNGER

Ungefähr 6.000 Arbeitnehmer fahren täglich über die Grenze nach Deutschland, und etwa 1.000 Arbeitnehmer von Deutschland aus zu Ihrem belgischen Arbeitgeber. Rund 4.000 Ostbelgier pendeln nach Luxemburg. Die unterschiedliche Anwendung der Gesetzgebung oder lange Prozeduren können zu Problemen und finanziellen Engpässen für die Grenzgänger führen. Zum Beispiel bei der Auszahlung von Arbeitslosengeld oder Kindergeld, bei der Beantragung von Alters-, Invaliden oder Erwerbsminderungsrenten. Probleme gibt es auch regelmäßig bei der Anerkennung der Bildungsnachweise.

LERNEN

UNTERRICHT

Der Unterricht muss eine der Hauptprioritäten der DG bleiben und eine ausreichende Finanzierung muss garantiert werden. Über die Interessen der Lehrpersonen hinaus, wünscht die CSC die Förderung und die Verbesserung eines demokratischen Unterrichtswesens von Qualität im Dienste einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Die Schule ist ein wichtiger Ort des Zusammenlebens, der Erziehung zum mündigen Bürger und zur individuellen Emanzipation. Die Gratisschule für alle muss das Prinzip sein. Das Unterrichtswesen muss als öffentlicher Dienst Allgemeininteressen vertreten und unabhängig von negativen Einflüssen der Privatwirtschaft bleiben. Der technische und berufliche Unterricht verdient eine größere Akzeptanz und Wertschätzung in der Gesellschaft.

Wir fordern:

- › eine bestmögliche Umrahmung und Unterstützung aller Personalmitglieder;
- › eine professionelle Begleitung der Personalmitglieder bei Übernahme aller Kosten durch den Arbeitgeber;
- › eine signifikante Anhebung der Gehälter;
- › die vollständige Umwandlung der bezuschussten Vertragsangestellten in organische Stellen;
- › eine Vermeidung der Bürokratisierung des Lehrerberufes;
- › durchdachte und durchführbare Reformen auf Grundlage einer ausreichenden Finanzierung;
- › die Einführung von Höchstnormen für Schüler pro Klasse;
- › Maßnahmen, damit die vorgesehene maximale Arbeitsleistung pro Woche in der Grundschule durch die Schulträger eingehalten und überprüft wird;
- › eine Verbesserung der Situation der Berufseinsteiger und -anfänger;
- › gezielte Maßnahmen, um dem aktuellen Lehrermangel zu begegnen.

LEHRLINGE

Die Lehrlingsausbildung genießt landesweit einen sehr guten Ruf. Dennoch verdienen die ostbelgischen Lehrlinge im Schnitt weniger als ihre Kollegen im Landesinneren. Wir fordern, dass die Vergütung der Lehrlinge mindestens an das Niveau von Flandern angepasst wird. Außerdem sollte der „Starter und Praktikumsbonus“ nicht mit 18 Jahren enden.

BESCHÄFTIGUNG

Neben der Vermittlung der Arbeitssuchenden ist das Arbeitsamt auch für die Aus- und Weiterbildung zuständig. In unseren Augen sollte das aktuelle Schulungsangebot für Arbeitssuchende integral untersucht und auf den tatsächlichen Bedarf hin optimiert werden. Nicht alle Arbeitssuchenden können Schulungen in französischer Sprache folgen. Deshalb wäre es wünschenswert, ein Budget zur Verfügung zu stellen, mit dem Schulungen im deutschsprachigen Ausland finanziert werden könnten.



Das ADG sollte auch verstärkt in die Kompetenzvalidierung investieren. Diese Validierung ist für Arbeitnehmer äußerst wichtig, besonders für die Kompetenzen, die nicht über ein Diplom im klassischen Sinne nachzuweisen sind. Es handelt sich um Fähigkeiten, die Arbeitnehmer durch ihre Tätigkeit erlernt haben. Diese sollten nun auch offiziell anerkannt werden. Das Arbeitsamt sollte Partner beim Aufbau eines Kompetenzzentrums in deutscher Sprache und dort federführend sein. Alle Arbeitnehmer sollten über einen Weiterbildungsausweis verfügen, indem alle Weiterbildungen - auch betriebsinterne - eingetragen werden müssen. Somit kann ein Arbeitnehmer einfach Nachweise über seine Kompetenzen liefern.

LEBEN

KLEINKINDBETREUUNG

In diesem Sektor muss sowohl den Bedürfnissen der Eltern als auch der Beschäftigten Rechnung getragen werden. Die Finanzierung des Sektors muss dem Bedarf zur optimalen Betreuung der Kinder angepasst und den Arbeitnehmern stabile Arbeitsverhältnissen bieten. Die Schwere des Berufs als Kinderbetreuer muss anerkannt und in der Stundenplanung miteinbezogen werden. Zudem müssen verbesserte Modelle für das Laufbahnende (Zeitkredit-Plan Tandem, Patenschaften,...) entwickelt sowie ein Modell zum sofortigen Ersatz bei Abwesenheit initiiert werden. Wir fordern weiterhin ein vollständiges Sozialstatut für die Tagesmütter.

SENIOREN

Seit Januar 2019 hat die DG integral die Kompetenz zur Unterbringung von Senioren übernommen. Das Dekret über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege sieht eine neue Finanzierungsart für diese Einrichtungen vor und es werden sogenannte Geschäftsführungsverträge abgeschlossen. Alle jetzigen Dienstleistungen werden beibehalten und neue Projekte in der Tagespflege oder neue Wohnformen angestrebt. Die Finanzierung neuer Projekte darf jedoch nicht zum Nachteil bestehen-

der Strukturen führen und es gilt, dies in Zukunft zu sichern. Vor dem Hintergrund der Altersstruktur müssen die heutigen Betreuungsnormen verbessert werden. Die allseits angekündigte Aufwertung des Pflegeberufes geht nicht nur über den Lohn, sondern auch über eine Erhöhung der Personalnorm.

Angesichts der aktuellen Bevölkerungsentwicklung gewinnt die häusliche Hilfe und Pflege immer mehr an Bedeutung. Aus diesem Grund müssen diese Dienste auf finanziell gute Beine gestellt werden. Die Qualität der Dienstleistungen kann nur gewährleistet werden, wenn genügend Personal vorhanden ist und ein ausreichendes Stundenkapital für Ersatz, Weiterbildung, Koordination, etc. zur Verfügung steht.

GESUNDHEITSEKTOR

Für die Gesundheitsversorgung der Bürger ist eine langfristige und ausreichende Finanzierung notwendig. Dieser Finanzierung müssen gewisse Prinzipien zu Grunde liegen: Solidarität und Umverteilung sowie Demokratie und Zugänglichkeit für alle (Vermeidung einer Zwei-Klassen-Versorgung). Der Krankenhaussektor durchlebt grundlegende Reformen. In diesem Kontext fordern wir die ostbelgischen Parteien auf, sich auch auf föderaler Ebene für eine Verbesserung der Personalnormen in den verschiedenen Diensten einzusetzen. Ziel ist es, die Qualität der Pflege und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Um eine weitere Kommerzialisierung des Gesundheitswesens zu vermeiden, fordern wir generell die Einsetzung einer autonomen Finanzierung der Krankenhäuser, abgekapselt von den medizinischen Honoraren.

HÄUSLICHE PFLEGE

Durch die Veränderungen im Krankenhaussektor wird auch die Aktivität der häuslichen Pflege beeinflusst. Wenn Krankenhausaufenthalte verkürzt werden, übernehmen die Dienste der häuslichen Pflege. Daraus ergibt sich eine Entwicklung des Berufsbildes, da man sich auf Patienten mit akuten oder schweren Pathologien einstellen muss. Wir fordern

die Anpassung der Personalnormen, ein verbessertes Laufbahnende und eine Finanzierung, die der Entwicklung Rechnung trägt.

PERSONEN MIT BEEINTRÄCHTIGUNG

Eine inklusive Gesellschaft passt sich den Bedürfnissen der Menschen an, den Unterschieden eines jeden Bürgers, um ihnen allen die Chancen auf Erfüllung im Leben zu geben. Inklusion erfordert daher die Mobilisierung und den gemeinsamen Willen der öffentlichen Hand. Es liegt in ihrer Verantwortung, eine Sozialpolitik zu führen, die mit entsprechenden Rahmenbedingungen und Mitteln die Würde, Pflege, Fürsorge und Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigungen garantiert. Dies setzt voraus, dass die Personen mit Beeinträchtigung ihre Stimme haben und in den Mittelpunkt und nicht an den Rand gerückt werden. Die Arbeitnehmer erwarten eine Evaluierung und Bewertung ihrer Arbeit und wollen sich mit der Behindertenpolitik auseinandersetzen. Es geht darum, Sinn zu schaffen, um qualitativ gute Arbeit zu leisten. Für die Dienststelle für selbstbestimmtes Leben (DSL) fordern wir die notwendigen strukturellen Mittel, damit sie weiterhin ihren Auftrag erfüllen kann.





Die Energiewende wird Arbeitsplätze schaffen

Die Umsetzung des „gerechten Übergangs“ ist sowohl für die Zukunft des Planeten als auch für die Beschäftigung ein außerordentlich wichtiges Thema. Entgegen dem, was der traditionelle Gegensatz zwischen Umwelt und Beschäftigung vermuten lässt, kann und muss ihre Zukunft gemeinsam gedacht werden.

Um diese Gegensätze zu überwinden, hat ein amerikanischer Gewerkschafter aus dem Energiesektor in den 70er Jahren ein Argument für einen sozial gerechten ökologischen Übergang entwickelt. *„Gerechter Übergang ist die Antwort auf die Erpressung mit Arbeitsplätzen, die auch heute erfolgt, wenn Umweltvorschriften in Betracht gezogen werden“*, erklärt François Sana vom CSC-Studiendienst. *„Sie wurde formuliert, um zu zeigen, dass die Energiewende zur Schaffung von Arbeitsplätzen führt.“*

Langsam aber sicher hat das Konzept des gerechten Übergangs, das auf nationaler Ebene von der CSC und auf europäischer Ebene vom Europäischen Gewerkschaftsbund unterstützt wird, seinen Weg gemacht. Es war 2015 beim Weltklimagipfel COP21 in Paris in die Präambel des Abkommens aufgenommen worden. Ein großer Erfolg für die Gewerkschaften. Das Konzept des gerechten Übergangs war auch eine der Prioritäten, die 2018 auf der COP24 von den Gewerkschaften verteidigt wurde.

Konkrete Maßnahmen

Jetzt muss es in konkrete Maßnahmen umgesetzt werden, während der ökologische Übergang bereits in vollem Gange ist und die Beschäftigung in Unternehmen, die auf fossilen Brennstoffen - Erdgas, Öl oder Kohle - basieren, zerstört wird, müssen neue Arbeitsplätze in den Sektoren

für erneuerbare Energien geschaffen werden.

„Europa scheint seine Führungsrolle in Umweltfragen verloren zu haben. Über die Industrie der erneuerbaren Energien profitieren die USA und China von der Schaffung von Mehrwert und Arbeitsplätzen. Der Aufbau einer europäischen Industrie für erneuerbare Energien hat das Potenzial, Millionen Arbeitsplätze im Bereich Recycling, Reparatur, Kreislaufwirtschaft usw. zu schaffen“, erklärt François Sana. Eine wirtschaftliche Diversifizierung und eine Industriepolitik, die diesen gerechten Übergang integriert, sind notwendig. Dieses Konzept wäre mit Unterstützung der Gewerkschaften umsetzbar, wie verschiedene Erfahrungen in Schweden, Italien und Dänemark zeigen.

„Arbeitsplätze können daher geschaffen werden, aber sie müssen akzeptabel sein. Es geht nicht darum, dem Arbeitnehmer vorzuschlagen, eine gut bezahlte Arbeitsstelle in der Petrochemie für einen Job im Windpark zu verlassen, in dem er ausgebeutet werden würde“, fasst der CSC-Studiendienstmitarbeiter zusammen. Daher ist die Ausbildung und Umschulung von Arbeitnehmern eine der Säulen des gerechten Übergangs. Eine Herausforderung, die für alle EU-Länder die Verabschiedung von Reformmaßnahmen für das Bildungssystem, die Berufsbildung und die Altersversorgung beinhaltet. *„Einige Arbeitsstellen müssen sich drastisch ändern oder verschwinden sogar. Wir müssen diesen Übergang vorwegnehmen, um die Umschulung von Arbeitnehmern zu ermöglichen und den Übergang zu einer auf erneuerbare Energien ausgerichteten Gesellschaft zu fördern. Der soziale Dialog in Sachen Umweltpolitik ist ebenfalls unabdingbar.“*

Die Gewerkschaften müssen von Beginn an einbezogen werden, um sicherzustellen, dass soziale Fragen ernst genommen werden. *„Schließlich sind die Achtung der Menschenrechte und die Stärkung des Sozialschutzes zwei weitere Säulen dieses Konzepts. Sozialschutz, der während dieser Legislaturperiode eher demontiert wurde“*, stellt François Sana fest.

Von Europa nach Belgien

Ende 2018 veröffentlichte Belgien endlich die erste Fassung des nationalen Energie- und Klimaplanes. Jedes europäische Land ist verpflichtet, einen nationalen Plan zu erarbeiten, der seinen Beitrag auf freiwilliger Basis zur Erreichung der EU-Ziele zur Verringerung der Treibhausgasemissionen, erneuerbarer Energien und Energieeffizienz erläutert. In diesem Zusammenhang fordert die CSC die Durchführung einer nationalen Konferenz zum gerechten Übergang, bei der Klima- und Beschäftigungsminister zusammenkommen. In ihrem Memorandum für die Europawahlen fordert die CSC außerdem die Schaffung eines europäischen Fonds für einen gerechten Übergang.

In einem ökologischen Übergang, dessen schnelle und bedeutende Veränderungen bereits auf der gesamten europäischen Wirtschafts- und Industrieebene spürbar sind, ist der erforderliche Weg für die Umsetzung der Grundprinzipien des gerechten Übergangs noch lang. Aber eines liegt für uns alle auf der Hand: Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeit. Der gerechte Übergang muss jedoch durchsetzen, dass diese Arbeit akzeptabel ist. Bis 2050 werden in Europa zwischen fünf und sechs Millionen neue, potenziell klimabezogene Arbeitsplätze geschaffen.

Essen zugunsten von Frauenprojekt in Burkina Faso

Die Frauengruppe der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien organisiert am 10. Mai in Lüttich ein Essen, dessen Reinerlös einem Frauenprojekt in Burkina Faso zugutekommt. Mit den Geldern werden u.a. Glasflaschen gekauft, um den Vertrieb von Säften in Cafés und Restaurants der Hauptstadt Ouagadougou zu erleichtern.

Seit einigen Jahren sind die Frauen der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien in die Partnerschaft eingebunden, die die Lütticher Kollegen seit 1981 mit der Gewerkschaft CNTB im westafrikanischen Burkina Faso verbindet. Daher unterstützen sie das Projekt Faso Jus, das von dortigen Gewerkschaftsmilitanten für ein zusätzliches Einkommen zur Unterstützung ihrer Familien ins Leben gerufen wurde.

Faso Jus ist ein Mikrounternehmen, das von Frauen aus Burkina Faso lanciert wurde, deren Ziel die Herstellung und der Verkauf von traditionellen, „fairen“ und frischen Fruchtsäften ist. Ursprung war ein staatliches Schulungsprogramm für die Herstellung von regionalen Säften, mit dem die Regierung die Entwaldung bekämpfen und die Nutzung von Waldfrüchten fördern wollte. Aufgrund dieser sehr praktischen Ausbildung mobilisierten einige Frauen der Gewerkschaft, darunter Obst- und Gemüseverkäuferinnen, ihre Mitglieder, um hochwertigen Fruchtsaft in größerem Umfang herzustellen und zu verkaufen.

Von Beginn an hat die CSC Liège-Verviers-Ostbelgien das Projekt unterstützt. Natürlich gab es einige Anlaufschwierigkeiten, doch im Laufe der Zeit konnten Infrastruktur und Produktion ständig verbessert werden. Um den Vertrieb der Säfte zu erleichtern, ist nun der Kauf von Glasflaschen vorgesehen.

Die Frauen der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien wollen zu diesem Kauf beitragen, aber auch an der Entwicklung des Betriebs. Zu diesem Zweck organisieren sie am 10. Mai ein Essen mit Käse- und Fleischplatten. Eine

Gelegenheit, während eines Abends mit Familie, Freunden und Kollegen ein Projekt zu unterstützen, das 200 Frauen ein zusätzliches Einkommen ermöglicht, welches sie zur Unterstützung ihrer Familien dringend benötigen.

WANN? 10. Mai 2019 ab 18 Uhr

WO? CSC Lüttich (Schulungsgebäude), rue Grande Bèche 56

PREIS? Erwachsene 15 Euro, Kinder 10 Euro

Reservierung bis spätestens 30. April
04 340 72 16 oder u68ppi@acv-csc.be



femmes CSC

Souper fromage/ charcuterie
au profit des femmes du Faso Jus

Le 10 mai 2019 à partir de 18h
À la CSC (bâtiment de formation – salle du rez-de-chaussée)
56, rue Grande Bèche – 4020 Liège

#détente
#convivialité
#solidarité

ASSIETTE 8 FROMAGES
15 € (adultes) – 10 € (enfants)
ASSIETTE ASSORTIMENT CHARCUTERIE
15 € (adultes) – 10 € (enfants)

Réservation pour le 30-04-2019
04/340.72.16
u68ppi@acv-csc.be

Gewerkschaftsprämie Baufach

Die Gewerkschaftsprämie (auch Sozialvorteil genannt) wird allen Arbeitern im Baufach gewährt, die einer Gewerkschaft angeschlossen sind. Die Prämie beträgt 0,62 Euro pro gearbeiteten oder gleichgestellten Tag während der Referenzperiode (vom 1. April bis zum 31. März), mit einem Höchstbetrag von 135 Euro pro Jahr.

Wenn Sie Mitglied der CSC Bau-Industrie & Energie sind, wird Ihnen diese Prämie aufgrund eines Dokumentes gezahlt, das Ihnen vom Existenzsicherheitsfonds zugestellt wird. Dieses Dokument wird ab dem 3. Juni versendet. Geben Sie dieses Dokument bei der CSCBIE oder in einem CSC-Dienstleistungszentrum ab. Die Auszahlung erfolgt ab dem 17. Juni 2019.

Infos +
CSCBIE 087/85 99 66
cscbie.verviers@acv-csc.be





Arbeitsunfallstatistiken entsprechen nicht der Realität

Der 28. April ist der Welttag der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz. Weltweit wird an diesem Tag den Opfern von Arbeitsunfällen gedacht. In unserem Dossier beleuchten wir die Arbeitsunfallstatistiken im Privatsektor und gehen auf die Rolle der Gewerkschaften ein.



An jedem zweiten Tag geschieht ein tödlicher Arbeitsunfall. Mehr als die Hälfte dieser Unfälle (80) geschehen am eigentlichen Arbeitsort. Zudem bleiben an jedem Arbeitstag durchschnittlich 85 Arbeitnehmer infolge eines Arbeitsunfalls lebenslang arbeitsunfähig. Solche Zahlen erschrecken uns und verweisen auf sehr viel Trauer und Leid. Trotzdem sind sie nicht überraschend, wenn man weiß, dass bei 49 % der 56.957 Sicherheitskontrollen Verstöße festgestellt wurden.

2019 zählt die Inspektion zur Überwachung des Wohlbefindens am Arbeitsplatz nur noch 133 Inspektoren, die auf die Einhaltung des Gesetzes über das Wohlbefinden achten sollen. Das sind 34 Kontrollbeamten weniger als 2004. Auf der anderen Seite stieg aber die Anzahl der Arbeitsunfälle, die von den Versicherungen als solche abgelehnt wurden, von 2,2 % in 1985 auf 11,7 % in 2017. Aus diesen Zahlen geht hervor, dass die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz wichtige Herausforderungen für die Gewerkschaften darstellen.

„Um die Zahl der Arbeitsunfälle zu senken, brauchen wir eine bessere Prävention in den Unternehmen, Verwaltungen und Institutionen. Zudem benötigen wir mehr Inspektoren sowie erweiterte Kompetenzen der Kontrolldienste. Besondere Beachtung müssen dabei die schwächsten Arbeitnehmer finden, das heißt die Leiharbeiter, die Arbeiter der Subunternehmen und die entsandten Arbeitnehmer aus dem Ausland“, so die beiden CSC-Nationalsekretäre Anne Léonard und Mathieu Verjans.

Zahlen stagnieren

Die Zahl der Arbeitsunfälle im Privatsektor sinkt seit 32 Jahren systematisch. Die Unternehmen bemühen sich um Prävention, die gefährlichsten Aktivitäten verschwinden allmählich und wir erleben eine Verschiebung von industriellen Tätigkeiten hin zu Arbeitsplätzen in der Verwaltung und in der Dienstleistungsbranche. Diese Zahlen verbergen jedoch einen Teil der Realität, weil diese kontinuierliche Abnahme nur für die leichten Arbeitsunfälle gilt, die eine vorübergehende oder überhaupt keine Arbeitsunfähigkeit verursachen.

Seit 1985 sank deren Anzahl um mehr als 50 %. Dieser Abwärtstrend ist aber nicht bei den tausenden Unfällen zu beobachten, die zu einer ständigen Arbeitsunfähigkeit oder sogar zum Tod führen. Im Gegenteil. 2017 gab es 11.572 Unfälle, das sind fast 350 weniger als im Vorjahr, aber im Schnitt bleiben wir seit 32 Jahren auf diesem gleich hohen Niveau. Selbst wenn wir zwischen Arbeitern und Angestellten unterscheiden und die Unterschiede bei den Beschäftigungen berücksichtigen, lässt sich keine Verringerung feststellen (siehe Grafik).

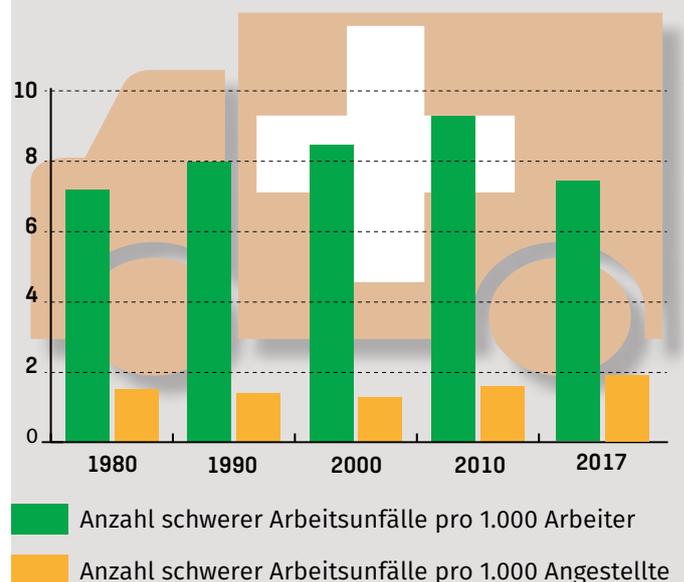
Sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten bleibt die Zahl der schweren Arbeitsunfälle über dem Niveau von 1980.



Kleine Unfälle außerhalb der Statistik

Darüber hinaus beziehen sich die offiziellen Statistiken nur auf die Unfälle, die gemeldet und von den Versicherungen anerkannt wurden. Ein Bericht von 2007, der damals vom Arbeitsunfallfonds (heute Fedris) veröffentlicht wurde, zeigt ganz klar auf, dass eine große Anzahl von kleineren Unfällen nicht gemeldet wird. *„Daher kann man schätzen, dass nur 32 % der Arbeitsunfälle bei kontrollierten Arbeitgebern in die offiziellen Statistiken des Arbeitsunfallfonds aufgenommen werden“,* so Mathieu Verjans.

Immer noch gleich viele Arbeitsunfälle





Ausländische Arbeitnehmer und Leiharbeiter

Die Kontrollbehörde für das Wohlbefinden am Arbeitsplatz gibt an, dass die Anzahl der tödlichen Arbeitsunfälle die in den Statistiken aufgeführten Zahlen übersteigt. Arbeitsunfälle ausländischer Mitarbeiter, deren Arbeitgeber im Ausland ansässig ist, unterstehen der ausländischen Gesetzgebung über Arbeitsunfälle und die ist meistens weniger günstig. Diese Unfälle sind nie in den belgischen Statistiken zu finden. 2017 stellte diese Gruppe 13 von 71 Todesfällen am Arbeitsplatz dar, das sind 18 % der tödlichen Arbeitsunfälle.

Bei den Leiharbeitern ist es nicht wirklich verwunderlich, dass ihr Unfallrisiko höher ist. Sie sind besonders verwundbar, weil sie oft jung und unerfahren sind. Andere Elemente spielen ebenfalls eine Rolle. Die Auswahlprozedur verläuft sehr schnell und man findet nicht immer die richtige Person für eine bestimmte Arbeit. Darüber hinaus lassen Information, Schulung

und Begleitung der Leiharbeiter oft zu wünschen übrig.

2017 wurden 9.351 Leiharbeiter Opfer von Arbeitsunfällen, mit mindestens einem Tag Arbeitsunfähigkeit zur Folge. Für 1.043 von ihnen handelte es sich um eine definitive Arbeitsunfähigkeit, während fünf Menschen am Arbeitsplatz starben. Vergleicht man diese Zahlen mit den Arbeitsunfällen der „klassischen“ Arbeitnehmer, so stellt man fest, dass das Unfallrisiko für einen Leiharbeiter doppelt so hoch ist. Betrachtet man die Gruppe von Arbeitern im Privatsektor, so stellt man fest ⁽¹⁾, dass 2017 von 1.000 Arbeitern 52 einen Arbeitsunfall mit mindestens einem Tag Arbeitsunfähigkeit erlitten, bei den Leiharbeitern waren es 114. Das ist jeder achte Leiharbeiter, jedes Jahr. Und doch hat er Anrecht auf den gleichen Schutz wie alle anderen Arbeiter.

⁽¹⁾ Berechnung ausgehend von der Anzahl Vollzeiten und Arbeitsunfälle des zentralen Präventionsdienstes für den Interimsektor www.p-i.be/fr

Der Bericht listet dafür einige Gründe auf. So werden Vereinbarungen mit den Versicherungen getroffen, damit bestimmte Unfälle nicht als Arbeitsunfälle deklariert werden. Es wird eine separate, für den Arbeitnehmer weniger günstige Versicherungspolice für bestimmte Arbeitsunfälle unterzeichnet. Oder Unfälle werden nicht gemeldet, weil die Unternehmen den administrativen Aufwand scheuen, an ihr Image oder an die Unfallstatistik denken. Oft trug das Unternehmen auch selbst die Unfallkosten, wenn keine externen Kosten oder Arbeitsunfähigkeiten auftraten. Schwere Unfälle nicht anzumelden, ist für ein Unternehmen aufgrund der hohen Kosten hingegen nicht interessant.

Man stellt keineswegs einen Rückgang bei den tausenden Arbeitsunfallklärungen fest, die eine bleibende Arbeitsunfähigkeit zur Folge haben.

Seit 2014 müssen leichte Unfälle, die zu keinem Lohnverlust oder keiner Arbeitsunfähigkeit führen und wo kein Arzt intervenieren muss, nicht mehr der Versicherung gemeldet werden. Sie sollten nur im Erste-Hilfe-Register des Unternehmens erfasst werden und erscheinen daher nicht mehr in den Statistiken. Folge: Misstrauen Sie den belgischen Arbeitsunfallstatistiken, die sich nur auf die gemeldeten Unfälle beziehen. Die jedes Jahr veröffentlichten guten Nachrichten über die Senkung der Anzahl gemeldeter Unfälle spiegeln nicht die Wirklichkeit wider. Achten Sie besonders auf die Anzahl der schwerwiegenden Arbeitsunfälle.



Wie vermeidet man Arbeitsunfälle?

Das Unternehmen Renory in Angleur beschäftigt knapp 60 Mitarbeiter im Bereich Transport und Logistik. Seine Haupttätigkeit ist die Lagerung und Bearbeitung von Stahlrollen für ArcelorMittal. Wir sprachen mit Flavien Magar, seit 2012 Gewerkschaftsdelegierter und Arbeitnehmervertreter im Ausschuss für Gefahrenverhütung und Schutz am Arbeitsplatz (AGS), über die Präventionspolitik seines Unternehmens.



Ein Beispiel?

Die Stahlrollen von ArcelorMittal waren während des Transports oft sehr schmutzig geworden. Unsere Direktion forderte daher von den Arbeitern, diese mehrere Tonnen schweren Rollen zu reinigen, aber ohne die Arbeiter entsprechend zu schulen oder ihnen das nötige Werkzeug zur Verfügung zu stellen, um diese Arbeit gefahrlos ausführen zu können. Ich habe kämpfen müssen, damit sich diese gefährliche Situation ändert. Schließlich haben wir ein anderes Unternehmen besichtigt, das in diesem Bereich spezialisiert war und ein Verantwortlicher dieses Unternehmens hat uns bestätigt, dass wir absolut nicht ausgerüstet sind, um solche Tätigkeiten zu verrichten. Wir haben im AGS nach einer Lösung für dieses Problem gesucht und die Direktion beschloss, die Arbeit anzupassen. Die Rollen durften nicht mehr gereinigt werden, aber wir mussten die Windungen abtrennen. Auch dafür hatten wir kein angemessenes Material, was sehr gefährlich war. Wir mussten uns selbst ein System ausdenken, das es uns ermöglichte, diese Arbeit ohne Risiko zu erledigen.

Als Sie 2012 in den AGS gewählt wurden, wie war die Situation des Unternehmens bezüglich Prävention und Schutz der Arbeitnehmer?

In diesem Bereich gab es große Mängel. Die Arbeit im Unternehmen ist schwer: Wir handhaben schwere Lasten, schwere Maschinen, das ist ziemlich riskant für die Arbeitnehmer. Vor 2012 verzeichneten wir zwischen 10 und 15 Arbeitsunfälle pro Jahr, obschon der nationale Durchschnitt in diesem Sektor viel niedriger ist. Diese Arbeitsunfälle gingen auf mangelnde Ausbildung der Arbeitnehmer, fehlendes angepasstes Material zur Ausführung der gefragten Aufgaben, aber auch auf menschliches Versagen, manchmal auf Unachtsamkeit zurück. Es war dringend erforderlich, eine Analyse der Ursachen dieser Unfälle zu durchzuführen und eine Politik in Sachen Prävention und Schutz der Arbeitnehmer umzusetzen.

Wie sind Sie vorgegangen?

Ich habe alle Arbeiter gebeten, alle Probleme bezüglich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, die sie feststellten, aufzulisten. Da vorher nie eine Risikoanalyse durchgeführt worden war, traf ich die Entscheidung, selbst aktiv zu werden und die Probleme sowie deren Ursachen aufzudecken, um sie dann dem Arbeitgeber in den AGS-Versammlungen vorzulegen. Um meine Chancen zu erhöhen, hatte ich im AGS immer schon Lösungsvorschläge parat. Natürlich hat der Arbeitgeber nicht alle Vorschläge akzeptiert, aber es wurden eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Sicherheit der Arbeitnehmer umgesetzt.

Wie ist die Situation heute?

Die Anzahl der Arbeitsunfälle ist stark gesunken und wir liegen heute bei einem Durchschnitt von drei Unfällen pro Jahr. Aber die Situation ist immer noch nicht ideal. Wir kämpfen immer noch mit der Tatsache, dass die Direktion, sobald eine neue Aktivität eingeführt wird, nicht den Reflex hat, eine vorherige Risikoanalyse zu erstellen. Man beginnt mit der Tätigkeit und erst danach fragt man sich, ob der Arbeitnehmer einer Gefahr ausgesetzt wird oder nicht.

Der Dialog mit der Direktion ist konstruktiv, aber es bleibt noch viel zu tun. Ich kann meine Forderungen nicht jedes Mal durchsetzen. Wenn das Problem sehr groß ist, bringt die Drohung mit der Arbeitsinspektion die Dinge manchmal ins Rollen. Manchmal genügt es auch, an die Verantwortung bei Sicherheitsproblemen zu erinnern, damit Maßnahmen getroffen werden. Die meisten Arbeitnehmer erkennen die im Bereich der Sicherheit erreichten Fortschritte und sind mit unserer Gewerkschaftsarbeit zufrieden.

Arbeitslose im 19. Jahrhundert: vom Unterstützten zum Versicherten

Im 19. Jahrhundert verpassen zahlreiche traditionelle Industrien den technologischen Wandel und versetzen ihre Arbeiter in Arbeitslosigkeit. Nach und nach interessiert sich die öffentliche Hand für die Arbeitslosenversicherung.

Mit der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts erbt der Arbeiter die Missachtung, wie sie Arme und Kriminelle kennen. Diese Armut des Proletariats, die eng an die von der neuen Industriegesellschaft festgelegten schmalen Löhne gebunden ist, wird noch heftiger in bestimmten Lebenssituationen: Unfall, Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Der Verlust des Arbeitsplatzes führt den Arbeitnehmer in einen Teufelskreis.

Eines der Merkmale der belgischen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts ist der Kontrast zwischen Wohlstand und Armut. Auf der einen Seite der wirtschaftliche und technische Fortschritt, der zur ersten industriellen Revolution führt, und auf der anderen Seite das unermessliche Elend der Arbeiter, das mit dem Aufkommen eines urbanen Industrieproletariats einhergeht.

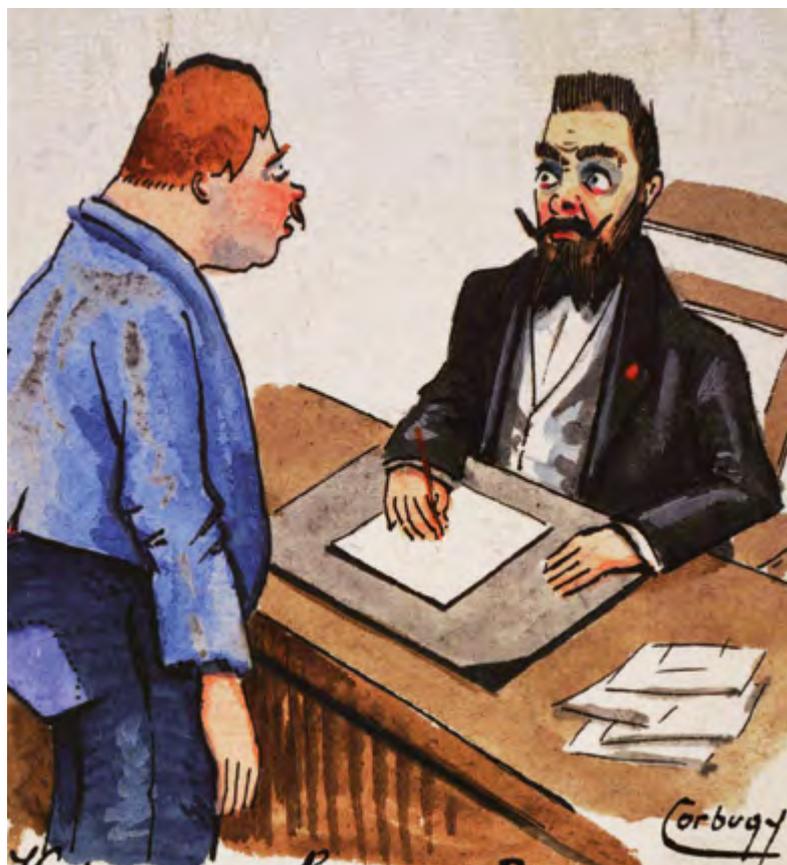
Das ländliche Belgien

Mit der Entwicklung der Industrialisierung und Mechanisierung ändert sich die vorrangig auf die Landwirtschaft ausgerichtete belgische Wirtschaft in den 1860er Jahren radikal. Die zu Beginn des Jahrhunderts noch stark ländliche Bevölkerung wird von Krisen geschüttelt und unterliegt dem Wettbewerb des Marktes. Von den 4,3 Millionen Einwohnern leben 1846 schätzungsweise 2,2 Millionen von der Landwirtschaft und nur 1,4 Millionen von der Industrie. Diese Bevölkerung versucht, Arbeit in den Städten zu finden. Viele traditionelle Industrien (Leinen, Schneidwaren,...) verpassen den technologischen Wandel und entlassen ihre Arbeitnehmer.

Es kommt zur Unterbeschäftigung. Die Arbeitgeber beschäftigen Frauen und Kinder, um ihre Produktionskosten zu senken. Indem sie mit den Männern in Konkurrenz gesetzt werden, geraten die Löhne unter Druck. Mehrere heftige Krisen führen zur Entwicklung eines Schutzes gegen Arbeitslosigkeit. Die Krise von 1846 bis 1848, von der Kartoffelkrankheit gezeichnet, stürzt Tausende Familien in Armut. Die Wirtschaftskrise von 1873 bis 1886 führt in ihren schlimmsten Zeiten im Jahr 1886 zu sozialen Unruhen.

Ein „gefährliches Wesen“

Mit der zunehmenden Entwicklung der kapitalistischen Industriegesellschaft erscheint der Arme wie ein gefährliches Wesen. Dabei sind die vorgeschlagenen Rezepte gegen die Massenarbeitslosigkeit, ob sie nun von priva-



ten Einrichtungen oder der öffentlichen Hand kommen, ziemlich ähnlich: Unterstützung durch Rückkehr in den Arbeitsmarkt, Kontrolle und Vermittlung. Eine Individuelle Vorsorge durch Ersparnisse wird empfohlen, obschon dies für die Ärmsten unmöglich und für die meisten Arbeiter auch nur sehr schwer zu realisieren ist, da die Löhne sehr niedrig sind.

Mit den Anfängen der Sozialgesetzgebung, der Entstehung der Gewerkschaften und der Anerkennung der sozialen Frage beginnt man am Ende des 19. Jahrhunderts die durch Arbeitslosigkeit bedingte Armut anders zu betrachten. Die sozialen Existenzrisiken werden hervorgehoben. Nach und nach interessiert sich die öffentliche Hand für die Arbeitslosenversicherung. Ab 1907 interveniert der Staat, während die Gemeinden und manche Provinzen ab dem Ende des 19. Jahrhunderts Arbeitslosigkeitsfonds einrichten.

Während dieser Zeit bekämpft man die Arbeitslosigkeit immer noch mit Hilfe, Strafe und Kontrolle. Begriffe, die der Moral und geerbten Vorstellungen vergangener Jahrhunderte entstammen. Durch die Versicherung glaubt man die Lösung für die Arbeitslosigkeit gefunden zu haben. Für die verschiedenen Zielgruppen, die zu diesem Zeitpunkt von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, gelten unterschiedliche Behandlungen. Diese sind geprägt von Stereotypen, die trotz einer neuen Sicht auf die Arbeitslosigkeit, schweren Zeiten entgegen sehen.



Der Konkurs:

WENN MULTIS SICH IHREN SOZIALPLAN VON DER ALLGEMEINHEIT BEZAHLEN LASSEN

Mitte Januar hatte das Unternehmen New Look den Konkurs seiner belgischen Filiale in einem außergewöhnlichen Betriebsrat angekündigt. Die belgische Direktion und das englische Mutterhaus lieferten keine nennenswerten Informationen für diese Entscheidung.

Die 110 Arbeitnehmer von New Look Belgien traten sofort in einen Streik und es wurden umgehend Personalversammlungen organisiert. Die Mitarbeiter waren schockiert, wurden von dem Unternehmen aber gänzlich in Unsicherheit gelassen. Zahlen, Informationen oder Erklärungen wurden nicht gegeben.

Die Mobilisierung nahm Gestalt an. Einige Mitarbeiter postierten sich vor dem Handelsgericht, während sich andere Kollegen vor den Amtssitz von Charles Michel begaben. Es machte sich zwar niemand Illusionen bezüglich dessen Antworten, doch man wollte ihn an sein famoses Versprechen von „Jobs, Jobs, Jobs“ erinnern, obschon ein Unternehmen nach dem anderen seine Pforten schließt. Er sollte an seine Verantwortung für eine Gesetzgebung erinnert werden, die es den Multinationalen ermöglicht, die Arbeitnehmer in eine solche Lage zu versetzen.

Trotz des fünftägigen Streiks der Mitarbeiter, trotz ihrer politischen und medi-

alen Interpellationen, trotz ihrer Mobilisierung vor Gericht fiel die Entscheidung fünf Tage später: Der Konkurs wurde angemeldet. Die Richterin argumentierte, dass sie nur das Gesetz anwende.

Folgen des Konkurses

Wenn ein Renault-Plan (Sozialplan) in die Wege geleitet wird, verhandeln die Gewerkschaftsorganisationen mit den Direktionen über eine Reihe von Themen, wie die Frage der Übernahme, die Umschulung, die Zahlung gesetzlicher Entschädigungen, außergesetzliche Entschädigungen, usw.

Bei einem Konkurs hingegen findet keine Verhandlung statt. Die gesetzliche Kündigungsfrist wird vom Betriebschließungsfonds auf Basis von gesetzlichen Höchstgrenzen bezahlt. Ein Drittel der Arbeitnehmer von New Look läuft Gefahr, den Teil der Entschädigungen, die diese Grenzen überschreiten, zu verlieren. Diese Summe wird erst in mehreren Monaten (zwischen 9 Monaten und 1 Jahr) gezahlt, wovon aber die

zwischenzeitlich erhaltenen Arbeitslosenentschädigungen abgezogen werden. Außergesetzliche Vorteile kommen selbstverständlich nicht infrage.

New Look, Mexx, MS Mode... Der Konkurs, das Paradies für Multis

Obschon New Look dank der belgischen Kunden und Arbeitnehmer jahrelang Gewinne eingefahren hat, beschließt das Unternehmen, unser Land zu verlassen, ohne seine Verantwortung zu tragen. New Look umgeht sorgfältig unser Renault-Gesetz, indem es Konkurs anmeldet. Und damit kommt der Betriebschließungsfonds, also die Allgemeinheit, für die Kosten des Sozialplanes von New Look auf.

Dieses Vorgehen ist leider keine Premiere. In den letzten Jahren haben viele Unternehmen des Sektors das Gleiche getan. MS Mode hat Konkurs angemeldet und ließ die Allgemeinheit dafür aufkommen. Heute hat diese Modemarke mehr als 20 Geschäfte in Belgien neu eröffnet, mit demselben Logo und derselben niederländischen Direktion. Mexx ging vor einigen Jahren genauso vor und hat zwischenzeitlich wieder einige Geschäfte in Belgien eröffnet. Diese beiden Markenhäuser betreiben ihre „neuen“ Filialen mit Personal, das keine oder nur eine sehr geringe Betriebszugehörigkeit aufweist. Und im Moment haben sie völlig freie Hand, weil kein Personalvertreter mehr da ist.

STEUERFLUCHT

Im Vorfeld der Wahlen nehmen wir uns die Zeit, jeden Monat eines von acht Themen zu beleuchten, die durch die Regierungsmaßnahmen beeinflusst wurden. Inwiefern beeinflussen sie unseren Alltag? Wie geht die Regierung damit um? Wie reagiert die CNE? In diesem Monat beschäftigen wir uns mit der Steuerflucht.



Was tat die Regierung?

Die Regierung Michel behauptet, die Steuerflucht bekämpft zu haben. Ihre wichtigste Initiative war die Schaffung der Cayman-Steuer. Mit dieser Steuer sollten all jene erreicht werden, die ihr Geld hinter rechtlichen Strukturen (Stiftungen oder Fonds) verstecken. Man rechnete mit zusätzlichen Steuereinnahmen in Höhe von 460 Millionen, doch eingebracht hat diese Maßnahme nur 40 Millionen. Wir können daher wirklich von einem Fiasko reden. Es sei denn, die Absicht der Regierung bestand einfach nur darin, dem Wähler etwas vorzumachen. Was die Regierung aber in der Tat bezüglich der Steuerflucht unternommen hat, geht in die entgegengesetzte Richtung, nämlich in die Stärkung der Steuerhinterziehungen. Vor allem hat sie die gegen Finanzkriminalität wirksamen Dienste reduziert. Das von der Regierung Di Rupo geschaffene Staatssekretariat ist quasi abgeschafft worden, indem man es mit unterschiedlichen Missionen ertränkt hat. Zwei Dienste der föderalen Polizei wurden aufgelöst, die Direktion zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkriminalität und das zentrale Amt zur Bekämpfung der organisierten Wirtschafts- und Finanzkriminalität (OCDEFO). Die Tatsache, Dienststellen abzubauen, die dem Staat Gelder einbringen, ist absurd, aber das ist passiert. Die OCDEFO hatte innerhalb von 13 Jahren mehr als eine Milliarde dank der Bekämpfung der „Karussellgeschäfte“ bei der Umsatzsteuer (Steuerkarussell, Mehrwertsteuerhinterziehung) eingebracht. Auch in der Welt der Justiz ist die Bilanz katastrophal. Die Zahl der für die Bekämpfung der Finanzkriminalität zuständigen Richter ist lächerlich, was dazu führt, dass Zehntausende von Steuerbetrugsfällen ohne Folgen klassiert werden. Gleiches gilt für die Verwaltung, wo die Zahl der Steuerkontrolleure drastisch gesenkt wurde.

Steuerflucht betrifft auch die Unternehmen, ganz besonders die größten unter ihnen. Für sie ist Belgien ein Steuerparadies, da sie von großzügigen Steuerbefreiungssystemen profitieren können. Die meisten dieser Systeme, wie vor allem der berühmte Abzug der Fiktivzinsen, sind nicht von dieser Regierung geschaffen worden. Aber als Europa begann, solche Systeme anzufechten, hat sie diese stark verteidigt. 2016 hatte die EU-Kommission befunden, dass das System der „Befreiung überschüssiger Gewinne“ (excess profit rulings), wovon 55 multinationale Unternehmen profitierten, gegen das europäische Recht verstößt. Sie forderte den belgischen Staat dazu auf, 900 Millionen Euro von diesen Unternehmen einzutreiben. 900 Millionen sind in mageren Zeiten eine große Menge für eine Regierung, die sparen muss. Aber mitnichten! Die Regierung zog vor den europäischen Gerichtshof und die Richter gaben ihr leider Recht! Dieses Urteil des Gerichtshofes ist ein großer Schlag ins Gesicht für die Steuergerechtigkeit in Europa und für die öffentlichen Gelder Belgiens. Diese Regierung hat dafür gesorgt!

Und als ob das nicht genügen würde, beschloss die Regierung zudem eine Reform der Körperschaftssteuer, indem sie den Steuersatz von 34 % auf 25 % senkte. Obschon diese Reform haushaltsneutral sein soll, könnte sie nach Angaben des Rechnungshofes 2,1 Milliarden Euro kosten.

Angesichts all dieser Tatsachen kann man sich nur die gleiche Frage stellen wie Michel Claise, Untersuchungsrichter in Brüssel und zuständig für die Bekämpfung der Finanzkriminalität: „Ist unser Staat heute nicht wie ein Skorpion, der sich ohne Erklärung seinen giftigen Stachel in den eigenen Nacken rammt?“

WAS ÄNDERT DAS FÜR MICH?

Laut EU-Kommission verliert der belgische Staat jedes Jahr zwischen 19,5 und 30 Milliarden Euro wegen Steuerbetrug, das sind zwischen 4,6 % und 7,3 % des BIP. Um eine Vorstellung über die Bedeutung dieser Beträge zu erhalten, kann man diese mit den Haushaltskosten für die Vergreisung vergleichen. Vor den Maßnahmen dieser aktuellen Regierung beliefen sich diese auf 4,3 % des BIP - das sind 18 Milliarden Euro - die zwischen 2013 und 2040 abzuschreiben sind. Die Vermeidung dieser Steuerhinterziehung würde nicht nur die Finanzierung der Renten sichern, ohne dass die Leute länger arbeiten müssten, sie würde auch zur Reduzierung der Armut, zur Verbesserung der Umwelt oder zur Erneuerung des Justizpalastes beitragen.

„Steuern sind der zu zahlende Preis für eine zivilisierte Gesellschaft“, sagte ein amerikanischer Staatsmann in den 30er Jahren. Steuerflucht zerstört die Solidarität und fördert das Gesetz des Stärkeren. Wie könnte man nicht empört über einen Staat sein, der es den Reichen erlaubt, noch reicher zu werden, indem sie ihr Geld im sonnigen Süden anlegen?

Die Maßnahmen der Regierung	Gerechte Alternativen
Verstärkung der Steuerprivilegien für Unternehmen (Reduzierung des Steuersatzes von 34 auf 25 %, Weigerung die Beträge des excess profit rulings einzutreiben,...)	Bekämpfung der Steuerhinterziehung der Unternehmen durch mehr Transparenz in Bezug auf ihre Gewinne in jedem Land und die Beseitigung der Steuerermäßigungen, die nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen
Zerstörung der Dienste zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung (Justiz, Polizei, Verwaltung)	Verstärkung der Dienste gemäß den Empfehlungen der Kommission gegen großangelegten Steuerbetrug
Kein gesetzlicher Fortschritt zum Schutz von Whistleblowern (Hinweisgebern)	Einführung eines belgischen Gesetzes zum Schutz von Whistleblowern im Privatsektor

Und die CNE in all dem...

Die Bekämpfung der Steuerflucht der Multis gehört zu den Forderungen unserer Zentrale. Das Europaparlament bekundet in einem kürzlich verfassten Bericht, dass dies Vorrang haben sollte. Man muss gut verstehen, dass die Multis, indem sie ihre Profite in Steuerparadiese bunkern, die Länder um ihre Einnahmen bringen, in denen sie wirklich wirtschaftlich aktiv sind. Die besten verfügbaren Studien belegen, dass 40 % der Gewinne der Multis in Steuerparadiese verlagert werden! Diese Länder stehlen anderen Ländern Steuereinnahmen. Und das geschieht auch unter europäischen Ländern. Meister in dieser Disziplin sind Belgien, aber mehr noch Irland, die Niederlande und Luxemburg. Belgien muss dieses Spielchen beenden. Es muss sich den Empfehlungen der europäischen Kommission beugen, die regelmäßig fordert, dass unsere Regierung ihre Vorzugssysteme überarbeitet, wie der Abzug von Fiktivzinsen und die Steuerbefreiung für Patentkosten, einer der wichtigsten Fäden, an den die Multis ziehen, um der Steuer zu entgehen. Ein Schlüssel für eine bessere Besteuerung der Multiunternehmen wäre eine transparente Aufschlüsselung der Gewinne in jedem Land, sodass Steuermodelle verhindert würden, die nur dazu dienen, die Steuer zu umgehen.

Belgien muss auch viel mehr unternehmen, um Steuerbetrüger aufzuspüren. Der Gesamtbetrag des Vermögens der Belgier in Steueroasen ist sehr hoch, 17,4 % des BIP gegen durchschnittlich 9,8 % für die OECD-Länder. Vorschläge zur Rückführung dieser Gelder gibt es schon seit langem, vor allem diejenigen, die von der Kommission des föderalen Parlaments zu den großen Dossiers der Steuerflucht 2009 formuliert wurden. Was heute fehlt, ist der politische Wille, diese umzusetzen.

Zwei Punkte bereiten unserem Land besonders Probleme: die Transparenz in Bezug auf den Reichtum und die den staatlichen Diensten gewährten Mittel. In Bezug auf die Transparenz gab es Durchbrüche auf internationaler und europäischer Ebene im Hinblick auf die Aufhebung des Bankgeheimnisses und auf die obligatorische Identifikation von Personen, die ihre Guthaben in Unternehmen oder juristische Konstruktionen (Trusts) anlegen. Belgien muss noch viel mehr in diese Richtung gehen als es die heutige Regierung tut. Es muss sich ein Beispiel nehmen an den besten Schülern der Klasse. Das sind die skandinavischen Länder, wo es viel weniger Steuerflucht gibt als bei uns.

Die staatlichen Dienste müssen wieder aufgebaut werden. Ein Staatssekretariat zur Bekämpfung des großen Steuerbetrugs muss wieder neu geschaffen werden. Es müssen wieder neue Mittel in diese Dienste fließen, ob auf polizeilicher Ebene (OCDEFO), in der Steuerverwaltung oder in der Justiz. Die parlamentarische Kommission von 2009 forderte bereits eine Verstärkung dieser Dienste, vor allem durch eine erhöhte Anzahl von Richtern, die in der Bekämpfung von Steuerbetrug spezialisiert sind. Die Verjährungsfristen in den Steuer- und Finanzprozessen müssen verlängert werden. Es ist schockierend, dass die ehemaligen Chefs von Fortis kürzlich einem Prozess entkamen, nur weil die Verjährungsfristen abgelaufen waren. Eine Zwei-Klassen-Justiz führt zu mangelnder Gerechtigkeit.

Wir brauchen schließlich eine kulturelle Wende in Belgien zugunsten des Steuerbewusstseins. Eine Wende, die sowohl den Staat als auch jeden Einzelnen von uns betrifft. Steuer-spielereien schaden der Allgemeinheit. Zuerst sollten aber die großen Fische gejagt werden, die Unternehmen und die Reichen.

CSC Nahrung und Dienste feiert Jubiläum

Am 27. April feiert die CSC Nahrung und Dienste ihr 100-jähriges Bestehen und blickt auf ein Jahrhundert im Dienste der Arbeiter zurück. 100 Jahre sind an sich schon eine kleine Ewigkeit und die Geschichte, die die CSC N&D schreibt, scheint sich immer wieder zu wiederholen. Obschon sich die Welt seit ihrer Gründung im Jahr 1919 in Antwerpen sehr verändert hat, bleiben manche Probleme, mit denen die Berufszentrale konfrontiert wird, die gleichen wie im vorigen Jahrhundert. Und das trotz historischer Sozialfortschritte, zu denen sie beigetragen hat.

500.000 Menschen streiken

1936 streikten 500.000 Menschen und erwirkten einen Mindestlohn sowie 6 Tage Urlaub im Jahr. In den 50er Jahren beteiligte sich die CSC Nahrung und Dienste am Kampf für die 5-Tage-Woche und ein Jahrzehnt später für die Einführung der 45-Stunden-Woche. Daran können wir messen, woher die Arbeitnehmer kommen und wohin sie nicht mehr zurückkehren möchten.

Die CSC N&D spielte zudem eine internationale Vorreiterrolle. Sie schuf Kooperationen auf europäischer und internationaler Ebene und ist auch heute innerhalb der internationalen Gewerkschaften sehr aktiv. So hat sie zum Beispiel durch die Gründung der ersten globalen Gewerkschaft für Hauspersonal im Jahr 2013 zur Verbesserung der Lebenssituation dieser Arbeitnehmerinnen beigetragen, die oft brutal ausgebeutet werden.

Herausforderungen

Heute steht die CSC Nahrung und Dienste, wie alle anderen Gewerkschaften auch, vor den Herausforderungen des technologischen und ökologischen Wandels mit einer ganzen Reihe von Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Es geht nun vorrangig darum, die von den vorherigen Generationen erwirkten sozialen Errungenschaften zu wahren, um unseren Kindern und Enkeln eine gute Zukunft zu bieten. Die erworbenen Rechte gehören leider nicht zur unendlichen Geschichte.



Zu hohe TEC-Tarife für Arbeitsuchende

Militanten der CSC-Arbeitslosengruppe haben Anfang April in Namur eine Aktion durchgeführt, um die TEC-Tarife für Arbeitslose anzuprangern und für einen echten Sozialtarif und eine bessere Abdeckung entlegener Gebiete in Wallonien einzutreten.

In einer Region, in der 45,9 % der Arbeitslosen unterhalb der Armutsgrenze leben, erweist sich der Zugang zur Mobilität als besonders problematisch. Die von der TEC angewandten Tarife sind für viele Arbeitslose unerschwinglich. Auch bei den Abonnementspreisen bestehen große Unterschiede zwischen den Regionen des Landes. Die CSC-Arbeitslosengruppe fordert deshalb die Anwendung eines echten Sozialtarifs und die Umsetzung angepasster Lösungen für die entlegenen Gebiete, um eine möglichst breite Abdeckung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes zu erreichen.

Die CSC-Arbeitslosengruppe traf sich unter anderem mit dem wallonischen Minister für Mobilität, Carlo di Antonio. „Ein positives Treffen“, erklärt Khadija Khourcha. „Nach der Lektüre unseres Dossiers erkannte der Minister, dass die Tarife in der Wallonie nicht die Einkommen berücksichtigten, so wie es in Brüssel und Flandern der Fall ist. Er verpflichtete sich daher, das, was er als ‚Anomalie‘ bezeichnete, im Rahmen der globalen Mobilitätsreform zu berücksichtigen und eine Studie über die budgetären Auswirkungen dieser Maßnahme durchführen zu lassen.“

